



MEXIKO

factsheet

2025-17

südwind
INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

Unterzeichnung des Handelsabkommens USMCA durch die Präsidenten der USA, Mexikos und Kanadas am Rande des G-20-Gipfels in Buenos Aires (2018).

ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK

MEXIKO – FREIHANDEL UND DIE VERENGUNG GESELLSCHAFTLICHER HANDLUNGSSPIELRÄUME AM BEISPIEL DES BERGBAUSEKTORS

VON PABLO CAMPOS UND PAULA CÄCILIE HUMMELSHEIM

Lateinamerika hat eine lange Geschichte von Bergbaukonflikten, die seit der Kolonialzeit durch (kolonialen) Extraktivismus motiviert sind. Im neoextraktivistischen Modell hat der Staat zwar mehr Einfluss auf die Abschöpfung und Distribution von Gewinnen aus dem Ressourcenabbau. Die Belange der Bevölkerung werden zwar teilweise berücksichtigt – etwa durch soziale Programme oder Investitionen in Infrastruktur –, jedoch meist selektiv und ohne echte Mitbestimmung, was unter anderem an Korruption, Zusammenarbeit von Staat und Bergbaukonzernen so-

wie fehlenden Umweltkontrollen und staatlichen Maßnahmen liegt (Camacho-Garza et al. 2022: 6).

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) betrachtet Mexiko als eines der Länder mit der höchsten Anzahl von bergbaubedingten sozio-ökologischen Konflikten (Camacho-Garza et al. 2022: 7). Von 2006 bis 2019 berichtete die Presse über 879 gewalttätige Konflikte in Mexiko, von denen 374 (42 %) mit dem Bergbau zusammenhingen (Camacho-Garza et al. 2022: 8). Sozio-ökologische Konflikte im Bergbau entstehen vor allem dort, wo staatliche und

SHRINKING SPACES: DIE EINSCHRÄNKUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume verstanden. Dazu gehören die schrittweise Begrenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häufig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Akteur*innen. Weltweit ist verstärkt zu beobachten, dass zivilgesellschaftliches Engagement immer stärker unter Druck gerät – durch repressive Gesetze, Überwachung, Einschränkungen von Versammlungsrechten oder bürokratische und finanzielle Hürden für NGOs. Auch für Einzelpersonen wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen reichen von Einschüchterungen über Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

In insgesamt acht Factsheets greift SÜDWIND diese Thematik anhand von Beispielländern aus Afrika, Amerika und Asien auf.

unternehmerische Interessen mit den Rechten und Lebensgrundlagen lokaler Gemeinschaften kollidieren (Camacho-Garza et al. 2022: 7; Tetreault 2015: 49). Sie äußern sich in massiver Umweltverschmutzung, gesundheitlichen Risiken, Enteignungen und Vertreibungen – insbesondere indigener Gemeinschaften – sowie in prekären Arbeitsbedingungen und vielfältigen Formen von Gewalt gegen Arbeiter*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltschützer*innen (Camacho-Garza et al. 2022: 8). Das mexikanische Bergbaugesetz ermöglichte dies über viele Jahre: Vor der Reform 2023 schuf das mexikanische Bergbaugesetz de facto eine Vorrangstellung des Bergbaus gegenüber allen anderen Formen der Landnutzung (Tetreault 2015: 53).

GEWALT GEGEN DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Die aus diesen Menschenrechtsverletzungen entstandenen Widerstandsbewegungen werden auf lokaler Ebene von Menschen angeführt, deren Lebensgrundlagen, Gesundheit und Kultur durch groß angelegte Bergbauprojekte bedroht sind (Tetreault 2015: 48). Die Widerstandsbewegungen, die von ohnehin vulnerablen Gruppen getragen werden, sind mit enormen Repressionen und Gewalt konfrontiert. Sie sind also in besonders schwerwiegender Weise von Shrinking Spaces betroffen. Die mexikanische Organisation Centro Mexicano de Derecho Ambiental (CEMDA) berichtete 2024

über Einschüchterungen, Schikanen, Stigmatisierung, Diffamierung und Kriminalisierung von Land- und Umweltaktivist*innen (Global Witness 2025: 18). Die (gewaltsamen) Einschränkungen von Gegner*innen des Bergbaus in Mexiko treten in einem Kontext auf, in dem zivilgesellschaftliche Räume bereits generell deutlich eingeschränkt sind: CIVICUS klassifiziert die Zivilgesellschaft Mexikos als „repressed“, also unterdrückt (CIVICUS 2025).

Laut der Global-Witness Liste belegte Mexiko 2024 den dritten (Global Witness 2025: 15) und 2023 den vierten Platz (Global Witness 2024: 15) unter den Ländern mit den meisten getöteten Land- und Umweltaktivist*innen weltweit. Über 70 % der im Jahr 2023 in Mexiko ermordeten Land-



INFODATEN MEXIKO

Hauptstadt	Ciudad de México/ Mexikostadt
Bevölkerungszahl	130,9 Mio. Personen (2024)
Menschen in extremer Armut (Einkommen weniger als 3 USD/Tag)	2,2 Mio. Menschen (1,7% der Bevölkerung)
Wichtigste Ausfuhrtüter	Kfz- und Teile, Elektronik, Elektrotechnik
Wichtigste Abnehmerländer	1. USA 2. Kanada 3. China
Wichtigste Ausfuhrtüter nach Deutschland	Kfz- und Teile, Elektronik, Elektrotechnik
Rangliste des Global Gender Gap Index	23 von 148 (2025)
Rangliste der Pressefreiheit	124 von 180 (2025)
CIVICUS Monitor	unterdrückt („repressed“ mit 40 von 100 Punkten)
Global Rights Index	3 (Regelmäßige Verletzungen von Rechten)
LGBT Equality Index	70 (24 von 197)

Quellen: GTAI 2024, World Bank 2025a, Global Gender Gap Report 2025, Reporter ohne Grenzen 2025, CIVICUS Monitor 2025, ITUC Global Rights Index 2025, Equaldex 2025

und Umweltaktivist*innen gehörten indigenen Gemeinschaften an, die meisten von ihnen hatten sich gegen Bergbauaktivitäten in der Region eingesetzt (Global Witness 2024: 16). Dies muss innerhalb einer globalen Tendenz betrachtet werden, dass ein disproportional hoher Anteil der getöteten Land- und Umweltaktivist*innen weltweit indigenen Gemeinschaften angehören oder einen afrikanischen Hintergrund haben und sich gegen extraktive Industrien einsetzen (Global Witness 2024: 15).

DER BERGBAUSEKTOR IN MEXIKO – EINE EINORDNUNG

Die Wirtschaft Mexikos, die zweitgrößte Lateinamerikas, hat sich zunehmend auf das verarbeitende Gewerbe ausgerichtet (EITI o.D.), das 2024 ca. 20% des gesamtwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachte (World Bank 2025b). Mexiko ist Deutschlands bedeutendster Handelspartner in Lateinamerika. Bereits seit dem Inkrafttreten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens North American Free Trade Agreement (NAFTA) im Jahr 1994 hat Mexiko für deutsche Unternehmen – insbesondere aus der Automobil-, Maschinenbau- und Elektronikindustrie – erheblich an Bedeutung als Produktions- und Exportstandort gewonnen. Mit dem am 1. Juli 2020 in Kraft getretenen Nachfolgeabkommen United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) wurde diese Rolle weiter gefestigt (GTAI 2025).

Der Bergbau ist zwar kein dominanter Industriezweig, spielt aber in Bergbauregionen eine wichtige ökonomische Rolle. Mexiko ist der weltweit führende Produzent von Silber und gehört bei 17 verschiedenen Mineralien zu den zehn größten Produzenten der Welt (García Segura et. al. 2022: 3). Die wichtigsten Mineralien sind Silber, Kupfer, Antimon, Flussspat und Gold (GTAI 2025). Im Jahr 2024 trug der Bergbau in Mexiko rund 2,8 % zum gesamtwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukt (BIP) und 8,7 % zum industriellen BIP bei (Cámara Minera de México 2024). Im ersten Quartal 2025 waren etwa 278.000 Menschen im Bergbau formell beschäftigt (Secretaría de Economía 2025a). Die tatsächliche Beschäftigtenzahl im Sektor dürfte erheblich höher sein, da die Anzahl der informell oder indirekt Beschäftigten unbekannt ist.

Mexiko erhielt 2024 mit Nettozuflüssen in Höhe von mehr als 45,3 Milliarden US-Dollar die zweitgrößten ausländischen Direktinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik, mit einem Anstieg von 48 % gegenüber 2023 (Economic Commission for Latin America and the Caribbean 2025: 61). Der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen spiegelt einen breiteren Trend wider, bei dem die durchschnittlichen Zuflüsse im Zeitraum 2020–2024 über denen von 2010–2019 liegen, insbesondere in zentralen Industriesektoren wie der Automobilbranche. Im rohstoffnahen Bereich,



Der US-Colonel William C. Greene spricht 1906 zu streikenden Bergarbeitern in Cananea – der mexikanische Gouverneur Rafael Izabal sitzt demonstrativ hinter ihm.

einschließlich des Bergbaus, sind die Zuflüsse im Zeitraum 2020–2024 gegenüber 2010–2019 ebenfalls gestiegen.

Hingegen verzeichnete der Bergbau von 2023 auf 2024 einen starken Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen um 83 % (Economic Commission for Latin America and the Caribbean 2025: 61). Dieser Rückgang wird in der Literatur teilweise mit den verschärften rechtlichen Rahmenbedingungen und der erhöhten regulatorischen Unsicherheit durch die Bergbaureform von 2023 in Verbindung gebracht. Germany Trade & Invest (GTAI) etwa erklärt bereits 2023 die stagnierenden Bergbauinvestitionen mit den Veränderungen durch die Reform, die das rechtliche Umfeld grundlegend veränderte, indem sie den früheren Vorrang des Bergbaus gegenüber anderen Bodennutzungen abschaffte und die Konzessionsbedingungen deutlich verschärfte (GTAI 2023). Trotz des Rückgangs der Investitionen, verwaltet die mexikanische Regierung im Jahr 2025 rund 22.000 aktive Bergbaukonzessionen auf etwa 10 Millionen Hektar Fläche (Gobierno de México 2025).

Obwohl die mexikanische Bergbau- und Metallindustrie aus etwa 130 Unternehmen besteht, wird die Branche von einer kleinen Gruppe großer mexikanischer Konzerne stark dominiert. Die bekanntesten und dominierenden Unternehmen sind Grupo México und Industrias Peñoles. Zusammen produzierten sie 2023 77 % des mexikanischen Kupfers, 43 % des Zinks, 41 % des Silbers und 33 % des Bleis (Télliz-Ramírez / Sánchez-Salazar 2024: 5). Neben der starken Konzentration des mexikanischen Bergbaus auf wenige Unternehmen ist der Sektor auch räumlich stark konzentriert: Nur wenige Bundesstaaten – darunter Sonora, Za-



Sicherheitskräfte bei der Auflösung sozialer Proteste in Mexiko.

catecas, Chihuahua, Durango und Guerrero – dominieren die Produktion (U.S. Geological Survey 2025: 14). In diesen Regionen spielt der Bergbau daher eine wirtschaftlich relevante Rolle – sowohl in Bezug auf Beschäftigung als auch auf industrielle Produktion (Secretaría de Economía 2025b).

DER BERGBAUSEKTOR IM KONTEXT DES FREIHANDELS

Das North American Free Trade Agreement (NAFTA), das 1994 in Kraft trat, war nicht nur das erste Abkommen zwischen den USA und Mexiko, sondern auch das erste Freihandelsabkommen zwischen einem Industrieland des Globalen Nordens und einem Schwellenland des Globalen Südens. Es markierte damit weit mehr als eine Liberalisierung des Waren-, Investitions- und Dienstleistungsverkehrs: NAFTA stand für eine grundlegende Neuausrichtung globaler wirtschaftspolitischer Verflechtungen.

Zwar vervielfachte NAFTA den grenzüberschreitenden Handel und förderte neue Industrie-sektoren wie die Automobil- und Elektronikmontage, doch die erhofften sozialen Effekte blieben aus. Löhne stagnierten, Arbeitsbedingungen verschlechterten sich und viele Landarbeiter*innen verloren ihre Existenzgrundlage, da der mexikanische Markt mit subventionierten US-Agrarprodukten überschwemmt wurde (Weisbrot et al. 2018: 171–183). Auch das wirtschaftliche Wachstum blieb hinter den Erwartungen zurück. Besonders in Regionen, in denen die für die expandierende Industrie benötigten Rohstoffe abgebaut wurden, verschärften sich soziale Ungleichheit und Umweltbelastungen deutlich.

Freihandelsabkommen sind jedoch nicht allein das Ergebnis globaler Entwicklungen, son-

dern ebenso Ausdruck nationaler Machtakkumulationsprozesse. Vor der Unterzeichnung von NAFTA galt in Mexiko etwa das Bergbaugesetz von 1975, das ein staatszentriertes Entwicklungsmodell fest schrieb und die nachrevolutionäre Vorstellung wirtschaftlicher Souveränität bekräftigte. Der Staat kontrollierte die Vergabe und Überwachung von Bergbaukonzessionen, schränkte ausländisches Kapital deutlich ein und band die Nutzung mineralischer Ressourcen an nationale Entwicklungsziele und das öffentliche Interesse. Konzessionen waren kurzlaufend, schwer übertragbar und an umfangreiche regulatorische Auflagen geknüpft. Staatliche und halbstaatliche Unternehmen dominierten den Sektor. Dieses Modell sollte – zumindest auf dem Papier – sowohl wirtschaftliche Unabhängigkeit als auch Arbeits- und Umweltschutz gewährleisten, indem der Staat eine aktive Aufsichtspflicht ausübte.

Trotz – oder vielmehr gerade wegen – staatlicher Kontrolle blieben die Arbeitsbedingungen unter dem Bergbauregime von 1975 hochgradig prekär. Wie Bizberg zeigt, waren die Gewerkschaften in allen strategischen Industrien – einschließlich des Bergbaus – in den 1970er und 1980er Jahren vollständig in das korporatistische System der Partei der Institutionalisierten Revolution (Partido Revolucionario Institucional, PRI) eingebunden, die von 1929 bis zum Jahr 2000 ununterbrochen regierte. Die PRI fungierte als dominierende staatstragende Partei und etablierte ein autoritär-korporatistisches Herrschaftsmodell, das soziale Sektoren selektiv integrierte und politische Stabilität vor allem durch Kontrolle, Kooptation und Disziplinierung gesellschaftlicher Akteur*innen sicherte. Gewerkschaften agierten in diesem Rahmen weniger als Interessenvertretungen der

Arbeiter*innen, sondern als „politischer Kontrollmechanismus“, wodurch unabhängige gewerkschaftliche Organisierung systematisch verhindert wurde (Bizberg 1990: 14–15). Ein markantes Beispiel hierfür ist die gewaltsame Einsetzung des regierungsnahen Polizeioffiziers Jesús Díaz de León an die Spitze der Eisenbahnergewerkschaft im Jahr 1948, die als Beginn der autoritär-korporatistischen Gewerkschaftskontrolle gilt (Roxborough 1986: 18).

Offizielle Daten des Arbeitsministeriums (Secretaría del Trabajo y Previsión Social, STPS), wie sie in mehreren unabhängigen Studien dokumentiert sind, zeigen, dass der Bergbau in den 1980er Jahren zu den gefährlichsten Industriezweigen Mexikos gehörte. Jährlich wurden zwischen 120 und 180 tödliche Unfälle sowie mehrere tausend meldepflichtige Arbeitsunfälle registriert, wobei viele Minen mangels Inspektionen jahrelang ohne staatliche Aufsicht betrieben wurden (CNDH 2006; Gómez 1993; Lozano 1994; Sánchez Vázquez 2008).

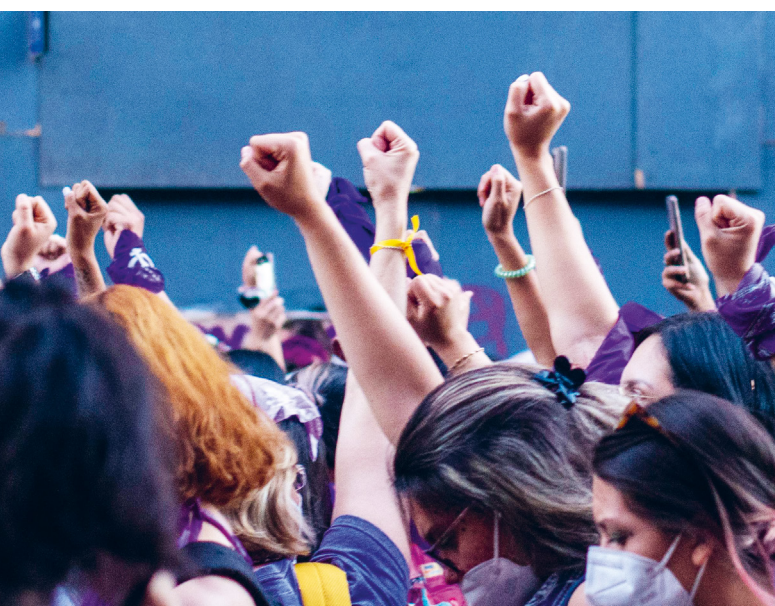
Auch die Löhne blieben niedrig. Laut des Nationales Instituts für Statistik und Geographie (Instituto Nacional de Estadística y Geografía, INEGI) und Banco de México verloren Bergarbeiter*innen zwischen 1982 und 1988 rund 35 % ihrer realen Kaufkraft, da Inflationsraten von bis zu 100 % die staatlich festgelegten Lohnhöhungen deutlich überstiegen (Banco de México 1989: 75–81). Zugleich war der Sektor von struktureller Korruption geprägt: González Casanova (1981) und Bizberg (1990) zeigen, dass Konzessionsvergaben, Inspektionen und Gewerkschaftsstrukturen häufig von lokalen politischen Entscheidungsträgerinnen kontrolliert wurden. In der Praxis führte dies dazu, dass selbst Minen mit dokumentierten Sicherheitsverstößen weiterbetrieben wurden.

Mit dem neuen Bergbaugesetz von 1992 vollzog Mexiko einen tiefgreifenden Systemwechsel, der den Sektor umfassend liberalisierte und vollständig für privates sowie ausländisches Kapital öffnete. Konzessionen konnten nun für bis zu 50 Jahre vergeben werden und waren problemlos verlänger- oder übertragbar (Art. 15–16). Das Gesetz über ausländische Investitionen (Ley de Inversión Extranjera, LIE) von 1993 erlaubte zudem, dass Bergbaukonzessionen sich vollständig in ausländischem Besitz befinden konnten (Art. 7). Parallel dazu wurde die staatliche Aufsicht massiv reduziert, Umwelt- und Arbeitsschutzvorgaben „flexibilisiert“ und die Rolle des Staates weitgehend auf die Sicherung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen beschränkt. Diese Reformen schufen die notwendigen strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung der neoliberalen Wirtschaftsagenda der 1990er Jahre, deren zentrales Element der NAFTA-Beitritt war.

GRUPO MÉXICO UND DIE TRAGÖDIE VON PASTA DE CONCHOS

Kein Unternehmen profitierte stärker von der umfassenden Privatisierungspolitik der 1990er Jahre als Grupo México. Vor den neoliberalen Reformen zählte die Unternehmensgruppe nicht zu den großen Akteuren des mexikanischen Bergbaus. Sie bestand im Wesentlichen aus der 1942 gegründeten Industrial Minera México (IMMSA), einem mittelgroßen Privatunternehmen im Besitz der Familie Larrea. Unter der Leitung von Germán Larrea Mota-Velasco, der die Gruppe seit den 1970er Jahren konsolidierte, spielte IMMSA lange nur eine Nebenrolle gegenüber staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen wie Minera de Cananea oder Altos Hornos de México.

Grupo México entwickelte sich in den 1990er Jahren zu einem der mächtigsten Bergbaukonzerne Lateinamerikas. Herzstück dieses Aufstiegs war die Privatisierung des staatlichen Bergbauunternehmens Minera de Cananea sowie die schrittweise Auflösung staatlicher Kontrolle über den Rohstoffsektor (Levy, Bruhn & Zebadúa 2006: 166). Dies ist von besonderer Bedeutung, da die Mine von Cananea als Schlüsselsymbol der mexikanischen Arbeiterbewegung gilt. Der Streik von 1906, bei dem Bergarbeiter*innen unter der Führung der „Unión Liberal Mexicana“ gegen ausbeuterische Bedingungen protestierten und brutal niedergeschlagen wurden, wird in der Geschichtsschreibung häufig als einer der Auslöser der Mexikanischen Revolution bezeichnet (Levy, Bruhn & Zebadúa 2006: 33–34). Seither steht Cananea für die frühesten kollektiven Kämpfe um Arbeitsrechte, Löhne und Sicherheit am Arbeitsplatz und bildet einen historischen Referenzpunkt für Gewerkschaftsbewegungen in ganz Lateinamerika.



Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und kollektiver Protest in Mexiko.



„Sindicalismo sin fronteras“ – Wandgemälde zur Solidarität zwischen mexikanischen und US-amerikanischen Arbeiter*innen, initiiert 1997 von US- und mexikanischen Gewerkschaften.

In diesem Umfeld konnte Grupo México nicht nur die größten Kupferminen des Landes – darunter Buenavista del Cobre (Cananea) – übernehmen, sondern auch eine marktbeherrschende Stellung aufbauen, die durch NAFTA zusätzlich abgesichert wurde. Zugleich profitierte das Unternehmen von der Schwächung unabhängiger Gewerkschaften sowie vom Abbau staatlicher Sicherheits- und Umweltinspektionen, was die Produktionskosten weiter senkte. Die Reformen der 1990er Jahre schufen damit die strukturellen Voraussetzungen für den wirtschaftlichen und politischen Einfluss von Grupo México, dessen dominante Stellung bis heute zentrale soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Konflikte im mexikanischen Bergbau prägt.

Am 19. Februar 2006 kamen 65 Bergarbeiter ums Leben, als sich in der Mine Pasta de Conchos eine schwere Explosion ereignete. Die Mine gehörte zum Konzernzweig Industrial Minera México (IMMSA), einer Tochter von Grupo México. Bereits Monate vor dem Unglück hatten Arbeiter und Inspektoren des Arbeitsministeriums wiederholt auf gefährlich hohe Methanwerte, unzureichende Belüftung und mangelhafte elektrische Installationen hingewiesen – ohne dass der Betreiber substanzielle Verbesserungen vornahm (Discovery Alert 2025). Nach der Explosion wurden die Bergungsarbeiten bereits nach wenigen Tagen eingestellt, offiziell mit der Begründung, der Stollen sei zu instabil. Angehörige und zivilgesellschaftliche Organisationen werteten dies als gravierende Pflichtverletzung und Versuch der Schadensbegrenzung. Die Nationale Menschenrechtskommission (Comisión Nacional de los Derechos Humanos, CNDH) stellte später fest, dass Grupo México zentrale Sicherheitsauflagen missachtet hatte und staatliche Behörden ihrer Kontrollfunktion nicht nachgekommen waren (CNDH 2006: 22-43).

Obwohl die Tragödie von Pasta de Conchos landesweit Empörung auslöste, änderte sich an den strukturellen Missständen im mexikanischen Bergbau kaum etwas. Zwischen 2015 und 2024 verzeichnete Mexiko durchschnittlich 18 Berg-

baustreiks pro Jahr, von denen rund 73 % auf Sicherheitsverstöße zurückzuführen waren – ein deutlicher Hinweis darauf, dass es sich nicht um vereinzelte Beschwerden, sondern um systemische Probleme handelt. Diese Lage wird durch ökonomische Faktoren zusätzlich verschärft: Die Reallöhne der Bergarbeiter*innen sind zwischen 2010 und 2024 um etwa 8 % gesunken, da jährliche Lohnerhöhungen von durchschnittlich nur 3 % die Inflation nicht ausgleichen konnten (Discovery Alert 2025).

GEWERKSCHAFTLICHE WIDERSTANDSSTRATEGIEN

Seit den 1960er Jahren positionieren sich unabhängige Gewerkschaften in Mexiko bewusst außerhalb des mexikanischen korporatistischen Systems. Zu den wichtigsten Akteuren dieser Entwicklung zählt der Gewerkschaftsverband Authentische Arbeiterfront (Frente Auténtico del Trabajo, FAT), der sich bereits in dieser Zeit durch seine konsequente Orientierung an gewerkschaftlicher Demokratie, politischer Unabhängigkeit und der Distanzierung von parteistaatlich eingebundenen Korporationsgewerkschaften profilierte (Barberis 2003: 54-55). Der FAT gilt als einer der zentralen Wegbereiter eines sindicalismo de movimiento social (Gewerkschaft als soziale Bewegung), das auf ein breiteres sozialpolitisches Programm und auf Mobilisierung jenseits der klassischen betrieblichen Arena setzt (Barberis 2003: 60-61). Diese Tradition unabhängiger Organisation bildet heute einen wichtigen Referenzrahmen für Gewerkschaften im Bergbau, die unter repressiven, korporatistischen und zunehmend transnationalen Machtkonstellationen neue Strategien der kollektiven Verteidigung entwickeln müssen.

Barberis dokumentiert, dass solche Gewerkschaften aktiv an regionalen und globalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken gegen neoliberale Politiken mitarbeiten – etwa in dem Mexikanischen Netzwerk für Aktion gegen den Freihandel (Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio, REMALC) – und damit internationale Unterstützung

für nationale Arbeitskämpfe mobilisieren (Barberis 2003: 61). Diese Strategien zielen darauf ab, die systematische Unterrepräsentation von Arbeiter*innen im politisch-institutionellen Gefüge zu durchbrechen, staatliche Rechenschaftspflichten einzufordern und die Machtasymmetrien gegenüber Konzernen wie Grupo México zu reduzieren.

Ein zentraler Ausdruck dieser Strategie ist der Konflikt in der Kupfermine Buenavista del Cobre (Bundesstaat Sonora, ca. 35 km südlich der US-amerikanischen Grenze), einem der wichtigsten Standorte von Grupo México. Wie Discovery Alert berichtet, beruhen die Arbeitsniederlegungen der vergangenen Jahre zu einem erheblichen Teil auf systematischen Sicherheitsmängeln und der Weigerung des Unternehmens, von Arbeiter*innen geforderte Mindeststandards umzusetzen (Discovery Alert 2025). Die Bergarbeitergewerkschaft Sindicato Minero versucht dabei, über die klassischen betrieblichen Auseinandersetzungen hinaus Druck aufzubauen – etwa durch die Dokumentation von Verstößen, die Einreichung von Beschwerden bei internationalen Gremien wie dem Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO Committee on Freedom of Association, ILO CFA, Case No. 2478), die Mobilisierung globaler Gewerkschaftsnetzwerke und die Unterstützung der Familien der betroffenen Arbeiterinnen.

ARBEITSRECHTLICHE GOVERNANCE NACH NAFTA: DER RAPID RESPONSE LABOR MECHANISM (RRM)

Die jahrzehntelange Kritik an NAFTA führte insbesondere in den Vereinigten Staaten zu einer breiten politischen Mobilisierung von Gewerkschaften wie der AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations) und den USW (United Steelworkers), die immer wieder auf gravierende Arbeitsrechtsverletzungen in Mexiko hinwiesen und argumentierten, dass der mexikanische Staat und Unternehmen wie Grupo México systematisch von niedrigen Löhnen, schwachen Gewerkschaften und fehlender Durchsetzung arbeitsrechtlicher Standards profitierten (USW 2021). Diese Kritik wurde im Zuge der Neuverhandlungen von NAFTA aufgegriffen, sodass das 2020 in Kraft getretene Nachfolgeabkommen USMCA erstmals verbindliche arbeitsrechtliche Durchsetzungsmechanismen enthält (AFL-CIO 2019; USW 2019). Auf Druck der US-Gewerkschaften wurde der RRM geschaffen – ein neuartiger und international bedeutsamer Mechanismus, der erstmals im nordamerikanischen Handelsraum die Untersuchung betrieblicher

Arbeitsrechtsverletzungen und die Verhängung handelspolitischer Sanktionen ermöglicht. Damit markiert der RRM einen grundlegenden Bruch mit der NAFTA-Ära, in der Arbeitsrecht nur politisch, nicht jedoch rechtlich durchsetzbar war und transnationale Unternehmen weitgehend ohne Sanktionen gegen zentrale Arbeitsrechte verstoßen konnten.

Obwohl US-Arbeiter*innen mit der Einführung des RRM im USMCA auch ihre eigenen Interessen – etwa den Schutz vor Lohndumping¹ –



65 Helme zum Gedenken an die Opfer der Katastrophe von Pasta de Conchos. Der Gedenkort wird als „Antimonio“ (Antimonument) verstanden.

¹ In den USA führte die Verlagerung arbeitsintensiver Produktion zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten im verarbeitenden Gewerbe.

verfolgten, zeigt der Mechanismus tatsächlich Wirkung. Er schafft erstmals die Möglichkeit, konkrete Arbeitsrechtsverletzungen in einzelnen Betrieben international zu sanktionieren. Leider können Arbeitskonflikte wie jener in Buenavista del Cobre nicht durch den RRM behandelt werden, da sie vor Inkrafttreten des Abkommens stattfanden. Der erste tatsächliche Einsatz im Bergbau erfolgte 2023 in der San Martín-Mine (Bundesstaat Zacatecas) von Grupo México, wo die USA formell ein RRM-Panel beantragten, um mutmaßliche Verletzungen der Vereinigungsfreiheit und Behinderung gewerkschaftlicher Tätigkeit untersuchen zu lassen (USTR 2023).

FAZIT

Die Entwicklung des mexikanischen Bergbaus zeigt exemplarisch, wie Dynamiken des Shrinking Space in sehr unterschiedlichen politischen Kontexten entstehen und fortbestehen können. Ähnliche Prozesse lassen sich auch in anderen Ländern beobachten, doch Mexiko nimmt aufgrund seiner historischen Rolle eine herausgehobene Stellung ein: Mexiko war Ausgangspunkt der Revolution (aus der Perspektive Lateinamerikas und teilweise des Globalen Südens) und hat außerdem eine besondere Position als Grenzraum zwischen dem Globalen Süden und den Vereinigten Staaten. Der markante Übergang von einer nationalistisch-protektionistischen zu einer neoliberalen Wirtschaftsordnung und das letzte Scheitern dieses Projekts machen Mexiko zugleich zu einem einzigartigen Fall.

Dass die Bergarbeitergewerkschaft ausgerechnet im Rahmen eines von der Trump-Regierung neu verhandelten Freihandelsabkommens erst-

mals wirksame Instrumente zur Durchsetzung ihrer Rechte erhielt, wirkt ebenso paradox wie der Umstand, dass eine politische Forderung US-amerikanischer Gewerkschaften genau diesen Fortschritt ermöglichte. Zwar war keine Kooperation zwischen den Gewerkschaftsföderationen vorgesehen – ursprünglich verfolgten die US-Gewerkschaften vor allem ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen –, doch zeigt das Beispiel des USMCA, welches Potenzial in solchen unerwarteten Konstellationen für transnationale arbeitsrechtliche Verbesserungen liegen kann.

Enttäuschend ist hingegen, dass zahlreiche schwerwiegende Arbeitsrechtsverletzungen von Grupo México – darunter die Geschehnisse in Pasta de Conchos (2006), der Arbeitskonflikt in Buenavista del Cobre (2007–2010) sowie wesentliche Phasen des Konflikts in San Martín (ab 2007) – nicht im Rahmen des RRM untersucht werden können, da sie vor dem Inkrafttreten des USMCA stattfanden. Dass solche Mechanismen nicht rückwirkend gelten, ist aus rechtlichen Gründen vielleicht nachvollziehbar. Schwer nachvollziehbar ist jedoch, dass dieselben Vorfälle auch unter bestehenden nationalen Rechts- und Aufsichtsstrukturen nie konsequent als Rechtsverletzungen behandelt wurden bzw. werden – obwohl sie in ihrer Schwere eindeutig als solche einzustufen sind. ♦

LITERATUR

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://tip.de/4i6zv> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



FÖRDERER

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

IMPRESSUM

Bonn, Dezember 2025

HERAUSGEBER:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201,
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

V.I.S.D.P.:
Dr. Ulrike Dufner

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AUTOR*IN:
Pablo Campos,
Paula Cäcilie Hummelsheim

REDAKTION UND LEKTORAT:
Sabine Ferenschild,
Paula Cäcilie Hummelsheim

GESTALTUNG:
twotype design,
Hamburg

**DRUCK UND
VERARBEITUNG:**
Brandt GmbH,
Bonn

Gedruckt auf
Recycling-Papier

factsheet

Mexiko: Freihandel
und die Verengung
gesellschaftlicher
Handlungsspielräume
am Beispiel des
Bergbausektors
2025-17

